

Bäuerliche Protestnetzwerke: Aufbrüche, Zersplitterungen, Ausblicke

Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus einer Befragung unter den Protestteilnehmer:innen

von Rolf G. Heinze

Ende 2019 kam es zu Demonstrationen von Bäuerinnen und Bauern, zu deren öffentlichkeitswirksamster Protestform Blockaden gegen den Lebensmitteleinzelhandel gehörten, zu denen über die sozialen Medien mobilisiert wurde und die – wenn auch etwas abgeschwächt – in das Jahr 2021 hineinreichten. Konkret richtete sich der Protest neben dem Lebensmitteleinzelhandel gegen die Agrarpolitik und speziell gegen schärfere Vorgaben zum Insekten- und Umweltschutz sowie existenzbedrohende Erzeugerpreise insbesondere in der Viehwirtschaft. Um die Hintergründe besser einordnen zu können, wurde eine Befragung unter den Protestteilnehmer:innen durchgeführt. Die Auswertungen zeigen die weitreichenden ökonomischen Sorgen und die Repräsentationsdefizite bei den etablierten politischen Organisationen im Agrarsektor, wie einer der die Befragung durchführenden Wissenschaftler im nachfolgenden Beitrag darlegt. Die neuen Kommunikationsoptionen der digitalen Medien bringen einerseits Mobilisierungserfolge mit sich, andererseits erschweren sie die Bildung von dauerhaften Organisationsstrukturen und abgestimmten Strategien.

Wenn es auch in den letzten gut zehn Jahren politisch etwas ruhiger im Agrarsektor zugeht, hat es Bauernproteste in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder gegeben. Die Ende 2019 beginnenden Proteste der Bäuerinnen und Bauern kamen vor diesem Hintergrund dennoch überraschend und haben eine neue Qualität insofern gewonnen, als dass sie außerhalb der etablierten politischen Institutionen angesiedelt sind. Es hat sich eine dezentral organisierte *Protestwelle* etabliert, die mit dem schwarmförmigen Netzwerk »Land schafft Verbindung« (LsV) abseits des lange Zeit sehr einflussreichen Deutschen Bauernverbands (DBV) agiert. Laut den Ergebnissen einer Forsa-Umfrage, im Rahmen dessen die agrarpolitischen Einstellungen von Landwirt:innen abgefragt wurden, sahen sich 56 Prozent der Befragten eher schlecht bzw. sehr schlecht vom DBV gegenüber der Politik vertreten.¹ Noch heute ist der Organisationsgrad des DBV mit über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe vergleichsweise hoch, allerdings ist die Zahl der aktiven Mitglieder wie auch in anderen Verbänden wesentlich geringer.

Die erschöpfte Verbandsmacht

Organisatorische Abspaltungen vom DBV sind nicht neu. Schon in der »alten« Bundesrepublik wurden sie praktiziert: etwa durch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die stärker an bäuerlichen Strukturen und ökologisch ausgerichtet ist, sowie Spartenverbände wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), der Ende der 1990er-Jahre gegründet wurde, und die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN).² Hinzu kommen die regionalen Separatismen, die sich in der Interessenvertretung niederschlagen: Während in den neuen Bundesländern oft industriell geprägte Großbetriebe entstanden sind, welche zu den größten Agrarbetrieben Europas zählen, sind beispielsweise in Bayern nach wie vor bäuerliche Betriebe üblich. Diese verbandliche Ausdifferenzierung konnte lange die Machtposition des DBV kaum gefährden, die neuen Proteste zeugen aber davon, dass der Verband es offensichtlich nicht mehr vermag, als organisatorische Klammer die Interessen der gesamten Landwirtschaft

zu repräsentieren, was zunehmend auch in der Politik registriert wird.

Die institutionalisierten Einflusswege des Verbandes zur Politik und den Ministerialverwaltungen und die jahrzehntelang aufgebauten Netzwerke (auch zum Agribusiness) werden in der Protestbewegung sogar explizit als kritikwürdig angesehen, weil eine Vernachlässigung der genuin agrarischen Interessen damit verbunden sei. Andererseits war der DBV als erfolgreicher Interessenverband an allen wesentlichen agrarpolitischen Gesetzesvorhaben in der Geschichte der Bundesrepublik aktiv beteiligt und über verschiedene Kanäle in wichtigen berufsständischen Institutionen (wie z. B. den Kammern und dem landwirtschaftlichen Bildungswesen) gut repräsentiert. Je ausgeprägter die Unterschiede im Agrarsektor werden, desto stärker wird nun aber die strategische Positionierung der Verbandspolitik des DBV sichtbar, die sich traditionell *selektiv* zugunsten der ökonomisch starken Landwirt:innen ausrichtet. Persönliche Verflechtungen zwischen der Verbandsführung und den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen gehören dazu und werden schon länger von den Konkurrenzverbänden – und nun auch von den neu entstandenen Protestnetzwerken – massiv kritisiert. Die offensive Interessenvertretung »neben« dem klassischen Großverband weist auf eine verstärkte Heterogenisierung des agrarischen Verbändesystems hin, das sich zerfasert. Parallel dazu breiten sich spezialisierte Interessenverbände und in letzter Zeit lose verkoppelte Protestnetzwerke aus.

Die ökonomischen Sorgen bei einzelnen Gruppen, verstärkte staatliche Auflagen sowie verkrustete innerverbandliche Machtstrukturen schufen so ein *wachsendes Unzufriedenheitspotenzial*, das sich Ventile suchte und in den letzten Jahren durch die sozialen Medien Formate vorfand und weiterentwickelte, die eine rasche Interessenmobilisierung und -aggregation ermöglichten. LsV als dezentral organisiertes Netzwerk hat es innerhalb von zwei Jahren geschafft, sich als oppositionelle Agrarbewegung zu etablieren. Man sieht sich selbst als verbandsübergreifende und parteineutrale Bewegung, die sich in Untergruppen ausdifferenzierte, was wiederum mit der Gefahr verbunden ist, sich als bäuerliche Protestbewegung selbst zu »zerlegen«. Dies zeigt sich unter anderem in der Ausdifferenzierung der ursprünglichen Gruppe von »Land schafft Verbindung«. Neben »Land schafft Verbindung – Das Original« wurde auch »Land schafft Verbindung – Deutschland« gegründet, was auf interne Ungereimtheiten der Initiator:innen zurückzuführen ist. Darüber hinaus gibt es zahlreiche regionale Zusammenschlüsse.

Von außen betrachtet wirken die Aktivitäten und Proteste oft diffus und die Interessenformierung äh-

nelt eher »Schwärmen« denn strategisch geleiteten Organisationen. Die Protestkommunikation verläuft vorwiegend nur in der eigenen »Blase« und die Schuld für die Misere wird bei den »Anderen« gesucht. Insofern kann diese Protestbewegung auch als populistisch eingestuft werden, weil sie »sich darauf kapriziert, die Verantwortung ‚der Anderen‘ (Verbraucher, Gesellschaft, NGOs) zu thematisieren und den Staat auffordert, Lösungen zu bieten, die lediglich den Unternehmerlandwirten dienen und deren Kosten andere zu tragen haben«.³

Die neuen Proteste organisieren sich nicht nur stärker über soziale Medien und Messengerdienste, sondern treten auch mit spektakulären Formen, wie der Blockade von Supermärkten oder dem Aufstellen grüner Kreuze auf. Blockaden demonstrieren allerdings nicht politische Durchsetzungskraft, sondern weisen eher auf mangelnde Konfliktfähigkeit der vertretenen Interessen hin. Während die Klimaproteste und explizit die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) mit Sit-ins die Massenmedien erregten, müssen die Bäuerinnen und Bauern schon Blockaden errichten, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Hinzu kommt die *ökologische* Komponente. Viele Bäuerinnen und Bauern fühlen sich durch pauschale Schuldzuweisungen, nach denen sie verantwortlich für das Insektensterben, zu geringe Achtung des Tierwohls oder die Belastungen des Grundwassers sind, nicht nur nicht wertgeschätzt, sondern auch persönlich angegriffen. Sie sehen sich in die Rolle der Sündenböcke für ökologische Verfehlungen gedrängt, die insgesamt in der Gesellschaft begangen werden. Wenn dann noch existenzielle finanzielle Sorgen dazukommen, die durch bürokratische Auflagen weiter gesteigert werden, steigt der Frustrationspegel und macht sich in zum Teil spektakulären Protesten Luft. Solche Aktionen sind für Bauernproteste teilweise ungewöhnlich, passen allerdings zum gegenwärtigen Trend einer emotionalisierten politischen Öffentlichkeit, in der es schwer ist, Gehör zu finden. Ohnehin nicht mehr so konfliktfähigen agrarischen Interessen droht deshalb eine politische Marginalisierung.

Eine erste Vermessung des agrarischen Protestmilieus

Während beispielsweise die Klimaproteste oder die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen von verschiedenen Untersuchungen begleitet wurden,⁴ liegen zu den landwirtschaftlichen Protestnetzwerken bisher keine empirischen Analysen vor. Deshalb wurde Ende 2020 eine Onlinebefragung durchgeführt, um die Reichweite und Wirkungen der Proteste abzuschätzen.⁵ Der Teilnahmeaufruf erfolgte einerseits über diverse Kanäle und Foren in sozialen Medien, die dem

Protestumfeld zuzuordnen sind. Andererseits wurde die Umfrage über eine einschlägige landwirtschaftliche Fachzeitschrift und einen Newsletter verbreitet. Nach der Datenaufbereitung sind insgesamt 603 gültige Teilnahmen zu verzeichnen, wovon 492 Teilnahmen im weiteren Verlauf genauer betrachtet werden, da diese Personen sich selbst als Landwirt:innen im Voll- oder Nebenerwerb (n = 396) einordnen bzw. eine Tätigkeit oder Beruf in Bezug zur Landwirtschaft (n = 96) ausüben. Knapp 82,6 Prozent der Befragten sind männlich und 17,4 Prozent weiblich. Im Folgenden werden einige empirische Ergebnisse vorgestellt.

Anhand der Frage nach den Sorgen lassen sich die komplexen Problemlagen ablesen: So machten sich zusammengenommen über 83 Prozent der Befragten einige bzw. große Sorgen um das Ansehen aufgrund des Berufes. Die Angaben zu den Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Zukunft (über 95 Prozent) und die generelle Zukunft der Landwirtschaft (98 Prozent) zeigen, dass die Befragten zum Großteil grundlegende ökonomische Existenzfragen haben. Obwohl die Klimawandelfolgen und die Umwelt Besorgnis bereiten, sind die größten Sorgen bei möglichen neuen politischen Vorgaben für die Landwirtschaft zu verzeichnen.

Bei der Beobachtung der Proteste im Agrarmilieu taucht immer wieder die Frage auf, inwieweit es populistischen Gruppen und Parteien gelingt, die Unzufriedenheit und den Zorn der Protestierenden in ihren Organisationen zu bündeln. Rechtspopulistische Akteur:innen versuchen, in den aufbrechenden agrarischen Protestmilieus Einfluss zu gewinnen, da sie in ihnen eine potenzielle Zielgruppe sehen. Ein großer Teil der protestierenden Bäuerinnen und Bauern stuft aber die eigenen politischen Ansichten mittig – weder links noch rechts – ein. Darüber hinaus ist die Tendenz zu erkennen, dass sich die Befragten eher politisch rechts der Mitte verorten, was sich auch im Wahlverhalten äußert. Bislang sind die Bäuerinnen und Bauern aber gegenüber den rechtsradikalen Strömungen resistent.

Allerdings werden im populistischen Stil Protestaktionen durchgeführt und einige Beiträge aus der Protestszene enthalten stark vereinfachende und pauschale, eher an populistischen Narrativen angelehnte Argumentationen. Vieles ist stark von Gefühlen geprägt und deshalb kommt es auch zwischen einzelnen Personen hinsichtlich der Proteststrategien zum Streit. Soziale Medien sorgen zwar für eine schnelle Kommunikation, die allerdings in den Protestgruppen manchmal auch zu Beleidigungen führt. Generell zeigt sich ein starkes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik und ihren Institutionen sowie den öffentlich-rechtlichen Medien. Deshalb ist das Risiko nicht auszuschließen, dass der Protest sich teilweise auch ande-

ren Protestströmungen anschließen könnte – gerade mit Blick auf vergleichbare Länder wie Frankreich oder die Niederlande.

Ein großer Teil der befragten protestierenden Bäuerinnen und Bauern (37,4 Prozent) sieht die Interessen der Landwirtschaft durch keine der politischen Parteien vertreten. Die FDP kommt auf 40 Prozent, dem nachfolgend erfährt die CDU/CSU den meisten Zuspruch (18,4 Prozent). Keine Rolle spielen die AfD, Grüne, SPD oder Linke. Eine Hinwendung zum Rechtspopulismus ist also auf parteipolitischer Ebene bislang ausgeblieben. Die hohen Werte der FDP in Bezug auf die Interessen der Landwirtschaft zeigen sich nicht nur bei den protestierenden Bäuerinnen und Bauern, sondern werden auch in anderen Untersuchungen bestätigt.⁶

Bei der Bundestagswahl im September 2021 hat sich gezeigt, dass die CDU/CSU bei den Bauern und Bäuerinnen Wählerstimmen eingebüßt hat. Laut der Forschungsgruppe Wahlen wählten nur noch 45 Prozent von ihnen die CDU/CSU, was im Vergleich zu 2013 (75 Prozent) und 2017 (61 Prozent) einen massiven Verlust bedeutet. Die SPD hat demgegenüber stark zugelegt, allerdings von einem geringen Stand: während 2017 nur fünf Prozent der Landwirt:innen die SPD gewählt haben, waren dies 2021 zwölf Prozent der Stimmen. Die FDP liegt mit 14 Prozent zwar über dem Bundesdurchschnitt, spiegelt das in unserer Umfrage angegebene Vertrauen und die Interessenvertretung damit jedoch nicht ganz wider. Die AfD liegt bei den Landwirt:innen mit acht Prozent unter dem Bundesdurchschnitt und bleibt beim Stimmenanteil von 2017.

Der CDU/CSU, welche lange Zeit parteipolitische Heimat landwirtschaftlicher Interessenvertretung war, wird zwar weiterhin eher vertraut als den anderen bereits genannten Parteien, aber nicht so stark wie der FDP. Gründe hierfür könnten sein, dass sich die Liberalen als die Partei der »Selbstständigen« definieren und somit an die kulturelle Tradition des »freien« Bauern erinnern. Wie auch andere Gruppen des selbstständigen »alten« Mittelstandes betonen Bäuerinnen und Bauern ihre Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit und reagieren sensibel auf externe Einflussnahmen. Auch deshalb haben sie sich verstärkt gegen die Ausweitung bürokratischer Auflagen ausgesprochen, von der die Landwirtschaft betroffen ist. Appelle an ein ständisches Gemeinschaftsbewusstsein und die Betonung des freien Unternehmertums finden trotz der sozialstrukturellen Differenzierungsprozesse (es gibt nicht mehr »den« Bauern) auch heute noch bei manchen landwirtschaftlichen Produzentengruppen Resonanz. Dies liegt sicherlich an der besonderen Verbundenheit der Landwirt:innen mit ihrem Hof und der naturverbundenen Produktionsweise, aber auch an den überlieferten Bindungen an

das »Bauerntum«. Da von den Grünen oder der SPD noch mehr staatliche Regulierung (etwa mit Blick auf Umweltauflagen) erwartet wird, verbleibt im klassischen Parteienspektrum die FDP als Hoffnungsträger.

In den Verlautbarungen der Protestgruppen werden durchaus auch populistische Argumentationsmuster, die auf das Besondere der Landwirtschaft als »Ernährer des Volkes« setzen, bemüht. Allerdings ist zweifelhaft, ob diese ideologischen Versatzstücke aus den 1950er-Jahren (ganz zu schweigen von der Zeit vor 1945) noch nachhaltige Wirkungen in der Öffentlichkeit erzeugen können. Emotional können sie helfen, manche von Verlustängsten betroffene Bäuerinnen und Bauern zu Protestaktionen zu mobilisieren. Gesamtgesellschaftlich weisen sie auf die gewachsenen Spaltungsprozesse hin, die viele Landwirt:innen insofern treffen, als dass sie sich selbst als eine vom Abstieg bedrohte Gruppe definieren, die kaum über Partizipationsmöglichkeiten verfügt und sich sozial isoliert fühlt. Schon durch ihre Tätigkeit bleiben kaum zeitliche Kapazitäten für Begegnungen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, woraus sich Kommunikationsblockaden ergeben können. Hinzu kommt – vorangetrieben durch die Corona-Pandemie – der in empirischen Studien festgestellte allgemeine Rückzug in die Häuslichkeit, der den sozialen Zusammenhalt weiter schwächt.

Alternativ zum Rückzug in die Privatsphäre sind in den letzten Jahren (angestachelt durch die neuen Protestformen wie FFF) einzelne landwirtschaftliche Gruppen (insbesondere bei den Fleischerzeugern und der Milchwirtschaft) aktiv geworden und verzeichnen Mobilisierungserfolge. Die Vermischung von ökonomischen Sorgen, Abstiegsängsten, weiteren gesetzlichen Auflagen und kulturellen Verunsicherungen prägen die Bauernproteste, wobei die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren anhand der den Protest tragenden Gruppen in unserer Befragung sichtbar wird. In diesen Gruppen ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie deutlich erhöht; sie fühlen sich von den traditionellen Interessenvertretern nicht mehr repräsentiert.

Wenngleich durch die kollektiven Proteste eine politische Mobilisierung bei einer wachsenden Zahl von Bäuerinnen und Bauern erreicht wird, bedeutet dies jedoch nicht, damit erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Wirtschafts- und Lebenslage durchzusetzen. Insofern werden die Unsicherheiten nicht verschwinden und das Stabilitätsbedürfnis ebenfalls nicht befriedigt werden. Ob sich die Frustrationen kurzfristig abbauen lassen, muss deshalb bezweifelt werden, denn die Fokussierung auf höhere Marktpreise verkennt, dass der von den traditionellen politischen Organisationen der Bauern gewünschte Weg in einen globalen Agrarmarkt immer mit Schwankungen und Risiken verbunden ist.

Proteste als Katalysator für neuen Gesellschaftsvertrag?

Dennoch können die Proteste die Bevölkerung für ein Thema sensibilisieren, das ohnehin in den letzten Jahren und insbesondere in der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen hat: eine *regional* verankerte Ernährung, die auch den Umwelt- und Klimaanforderungen gerecht wird. Und in diesem Kontext könnten auch die Forderungen nach höheren Preisen für ökologisch und sozialverträglich hergestellte Lebensmittel Auftrieb bekommen, weil die in den letzten Jahrzehnten zurückgegangenen Haushaltsbudgets für Lebensmittel (derzeit geben die deutschen Haushalte nur rund 14 Prozent der gesamten Konsumausgaben für Nahrungsmittel und Getränke aus) Spielräume für die Mehrzahl der Bevölkerung zulassen. Gefragt sind ein konstruktiver Dialog und ein neuer *Gesellschaftsvertrag* für die Landwirtschaft,⁷ damit die Frustrationen und Abstiegsängste vieler in ihrer Existenz gefährdeten Bäuerinnen und Bauern nicht in Apathie oder politische Radikalisierungen umschlagen.

Ein konkretes Handlungsfeld wäre im Feld der Viehwirtschaft die Schweinehaltung, die schon seit einiger Zeit für die in diesem Sektor tätigen Landwirt:innen Verluste einfährt. Hier ballen sich seit einiger Zeit existenzielle Probleme der Schweinehalter:innen, ohne dass die Politik bislang (Stand Oktober 2021) eine Lösung für die niedrigen Preise gefunden hat. Dabei gibt es Alternativen, aber nur, wenn mit der traditionellen Poli-

Folgerungen & Forderungen

- Die politische Protestlandschaft in Deutschland hat sich in den letzten Jahren um Bäuerinnen und Bauern erweitert.
- In den Protesten scheint auf, wie stark die Sorgen und Abstiegsängste in einzelnen Sparten der Landwirtschaft sind und dass sie sich vom DBV und der CDU/CSU immer weniger repräsentiert fühlen.
- Deshalb wurden konkurrierende Protestnetzwerke (wie LsV) aufgebaut, die allerdings flüchtiger sind und schnell zersplittern können. Zudem spiegeln sie die Heterogenität des Agrarsektors wider und bieten kaum Anknüpfungspunkte für einen sozialökologischen Umbau des Agrar- und Ernährungssystems.
- Über eine Vernetzung der verschiedenen Akteur:innen könnten Steuerungsressourcen hierfür realisiert werden.
- Der Handlungskonsens aus den Debatten um einen neuen Gesellschaftsvertrag muss in einen Umsetzungskonsens mit lokalen Experimenten transferiert werden.

tikstrategie gebrochen wird, so Michael Baumüller in einem Kommentar zum »Schweinesystem« in der *Süddeutschen Zeitung*: »Es gibt zu viele Ställe in Deutschland, und in diesen Ställen zu viele Schweine, denen es deshalb zu schlecht geht. Dabei gäbe es viele gute Ideen: die Niederlande zahlen Prämien für die Stilllegung von Ställen. Die Zahl des Viehs in Ställen ließe sich konsequent an entsprechend große Äcker und Weiden knüpfen; das würde helfen, Kreisläufe zu schließen. Eine ›Tierwohl-Abgabe‹, ein Aufschlag auf jedes Kilo Fleisch, könnte Geld für bessere Ställe eintreiben.«⁸

Die Traktorendemonstrationen im Herbst 2021 weisen allerdings auf die nach wie vor bestehenden Existenzängste und auch Konfliktfronten zwischen Bäuerinnen und Bauern sowie Umwelt- und Klimaschützer:innen hin. Obwohl die Problemlagen seit Jahrzehnten bekannt sind, setzen erst langsam konstruktive Diskussionsprozesse ein und die verschiedenen Organisationen kommen in einen Dialog, wie Verbraucher:innen und Erzeuger:innen gemeinsam die Qualität der agrarischen Produkte, deren ökologische Kosten, aber auch die erforderlichen Erzeugerpreise gestalten können. Nur über den Austausch zwischen diesen Akteursgruppen, wie ihn die Zukunftskommission Landwirtschaft inszeniert hat, kann sich eine gemeinsame Vorstellung der zukünftigen Landwirtschaft entwickeln. Insgesamt ist eine *sektorenverknüpfende Strategie* erforderlich, die verschiedene Interessen (gesunde Ernährung, Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit) zusammenbindet und kollektive Lernprozesse organisiert. Dazu gehören Reallabore, in denen eine integrierte Agrar- und Umweltpolitik auf regionaler und lokaler Ebene erprobt wird.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Jan Douwe van der Ploeg: Die Bauern und »die Anderen«. Über Bauernrevolte und Populismus in den Niederlanden und Frankreich. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 81–87.
- ▶ Es geht nur gemeinsam ... Gespräch mit Georg Janßen über die neuen bäuerlichen Protestbewegungen. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 83–85.

- ▶ Martin Schulz, Bernd Schmitz und Ulrich Jasper: Bauernproteste unterstreichen den Veränderungsbedarf. Die Bedeutung der Bauern und die Notwendigkeit politischer Problemlösungen. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 30–32

Anmerkungen

- 1 Forsa Politik- und Sozialforschung: Zukünftige Ausrichtung der deutschen und europäischen Agrarpolitik. Eine Befragung von Landwirten in Deutschland. Berlin 2019.
- 2 Zur Geschichte der deutschen »Agraropposition« siehe auch das Gespräch mit Georg Janßen (AbL), das Götz Schmidt und Hugo Gödde für den vorliegenden Kritischen Agrarbericht geführt haben (S. 316–320).
- 3 J. D. van der Ploeg: Die Bauern und »die Anderen«. Über Bauernrevolte und Populismus in den Niederlanden und Frankreich. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 87.
- 4 Vgl. etwa die Beiträge in Heft 2/2021 des Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Abstand von Protest oder Protest auf Abstand? Soziale Bewegungen in der Covid-19 Pandemie (www.forschungsjournal.de/jahrgaenge/2021heft2).
- 5 Vgl. ausführlich R. G. Heinze et al.: Bauernproteste in Deutschland. Aktuelle Einblicke und politische Verortung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34/3 (2021), S. 360–379.
- 6 Vgl. J. Michel: Bundestagswahl: Unionsparteien nicht mehr erste Wahl der Landwirte. In: agrarheute vom 19. April 2021 (www.agrarheute.com/politik/so-wuerden-landwirte-2021-waehlen-579397).
- 7 Vgl. die Beiträge in J. Lange (Hrsg.): Ein Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft? Loccumer Landwirtschaftstagung 2020. Rehburg-Loccum 2021 und Zukunftskommission Landwirtschaft: Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Berlin 2021.
- 8 M. Baumüller: Schweinesystem. In: Süddeutsche Zeitung vom 15. September 2021 (www.sueddeutsche.de/meinung/krisen-gipfel-schweinehaltung-tierwohl-1.5411535).



Prof. Dr. Rolf G. Heinze

Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, von 1988 bis 2021 Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft, seit SS 2021 Seniorprofessur.

rolf.heinze@rub.de